

Petra Kuhn  
SVP  
Schulstrasse 2  
8564 Hefenhausen

Urs Schär  
SVP  
Eggethof 81  
8585 Langrickenbach

EINGANG GR 24. Jan. 2018			
GRG Nr.	16	EA56	188

## **Einfache Anfrage „Prävention und Bekämpfung Afrikanische Schweinepest (ASP)“**

Mit grosser Sorge beobachten wir die Entwicklung der sich von Osteuropa immer weiter nach Westen ausbreitenden Afrikanischen Schweinepest (ASP). Der hochinfektiöse und äusserst robuste Virus steht bereits vor den Toren Deutschlands und droht von dort aus in die Schweiz verschleppt zu werden. Zur raschen Verbreitung der ASP trägt vor allem die grosse Wildschweinpopulation bei.

Die Schweinehaltung ist nach Milchproduktion und Pflanzenbau der dritt wichtigste Produktionszweig der Schweizer Landwirtschaft. Die Folgen der Seuchenausbreitung wären massiv. Betroffene Schweinebestände müssten getötet werden und bedrohten die Existenz der Schweinehalter. Der zu erwartende dramatische Preisverfall bei Schweinefleisch würde zudem zu enormen wirtschaftlichen Verlusten entlang der gesamten Wertschöpfungskette führen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind daher zwingend Vorsorgemassnahmen zur Prävention und Bekämpfung der ASP zu treffen. Dem Thurgau als Grenzkanton fällt hierbei eine Vorreiterrolle zu. In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sind bereits Präventionsmassnahmen im Gange und ist ein ausreichendes ASP-Monitoring zur Früherkennung eines ASP-Ausbruches sichergestellt?
2. Ist eine Sensibilisierung der Bevölkerung geplant, da vor allem auch das achtlose Wegwerfen von Essensresten entlang von Strassen für die rasche Ausbreitung der ASP mitverantwortlich sein kann?
3. Sind Schäden durch einen Ausbruch der ASP über den Tierseuchenfonds gedeckt? Falls ja, wie weit reichen diese Mittel? Falls nein, welche Unterstützung kann den betroffenen Schweinehaltern in anderer Form geboten werden?
4. Kann sich die Regierung vorstellen, beim Ausbruch der Seuche ein Auslaufverbot bei Schweinen zu erlassen, ohne die RAUS-Beiträge zu streichen?
5. Lassen Jagdgesetz und die dazugehörige Verordnung eine ausreichende Regulierung der Wildschweinbestände zu oder sind aufgrund der zunehmenden Gefahr des Ausbruchs der ASP Anpassungen notwendig?
6. Kann sich die Regierung vorstellen, als weitere Präventionsmassnahme die Jäger mit Abschussprämien für Wildschweine zu unterstützen?

Weinfelden, 24.01.2018

  
Petra Kuhn

  
Urs Schär